



NEWSLETTER 11/2016

FORUM| MIGRATION



© charnits – Fotolia.com
© Ints Vikanaris – Fotolia.com

„Das ‚C‘ heißt auch: Innere Sicherheit“

| Forum Migration: Herr Iyibas, die CSU gibt es seit Jahrzehnten, den Arbeitskreis Migration, erst seit einem Jahr. War Integration kein Thema für die CSU?

| Ozan Iyibas: Natürlich war es das. Wir sind in der Vergangenheit immer wieder damit konfrontiert gewesen und Bayern war seit jeher Vorzeigeland beim Thema Integration. Das läuft bei uns wesentlich besser als in den anderen Bundesländern.

| Die CSU aber fast nur mit ihrer Forderung nach Zuwanderungsbegrenzung zu hören.

| Die größten Herausforderungen im letzten Jahr hatten wir hier in Bayern zu bewältigen. Bei uns sind die Hilfsbedürftigen angekommen, jetzt ist Integration gefragt. Es geht um Menschen aus anderen Kulturkreisen, mit muslimischem Hintergrund, einer ganz anderen Wertesstruktur. Man kann von denen nicht erwarten, dass sie von heute auf morgen wissen, welche Regeln in unserem Land herrschen.

| Und wie wollen Sie ihnen die nahebringen?
| Das erste ist, dass sie die Sprache lernen, um sich

kulturell und gesellschaftlich einzubinden. Dazu muss man sie in die Bildungsschiene bringen, aber das kostet Zeit. Weil so extrem viele kamen, sind die Verwaltungsstrukturen sehr angespannt, so dass wir einfach nicht in kurzen Zeitraum alles Nötige schaffen konnten. Wir können nur eine gewisse Zahl von Menschen zu uns kommen lassen, die wir auch betreuen und integrieren können.

| Also tragen Sie die Forderung nach der Obergrenze mit.
| Ja. Das hat nichts damit zu tun, dass wir Menschen nicht helfen wollen. Aber das „C“ bei uns heißt auch, den sozialen Frieden und die innere Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten. Letztes Jahr kamen 890.000 Menschen, das waren viel zu viele. Wenn die Flüchtlinge nur zu acht in einem Raum sitzen und nichts machen können, außer das freie W-Lan zu benutzen, dann ist das keine Integration.

Ozan Iyibas, 34, Betriebswirt aus Neufahrn, ist Vorsitzender des 2015 gegründeten CSU-Arbeitskreises Integration. Das vollständige Interview: www.migration-online.de/interview_csu

INHALT 11/2016

„Das ‚C‘ heißt auch: Innere Sicherheit“	1
„Ich konnte das Zeugnis ja nicht im Boot mitnehmen.“	2
„Verständlich muss es sein“	2
Anerkennungs-News	2
Großunternehmen und Flüchtlinge: Im Testbetrieb	3
BAMF und Nahles: Lohnzuschuss für Flüchtlinge	3
Konzerne schicken Beschäftigte öfter nach Deutschland	3
News + Termine	4
„Business as usual“ keine Option – Katharina Lumpp, Direktorin UNHCR Deutschland	5



Porträt Anerkennung: Muhammad Al Halabi, Syrer aus Remscheid

„Ich konnte das Zeugnis ja nicht im Boot mitnehmen.“

Er hat es schon als Kind getan. „Sahara for Travel and Tourism“ hieß das eine von zwei Reisebüros seines Vaters in der Ben Haldoun-Straße im Hotelviertel von Damaskus. Viele Deutsche, Franzosen, Dänen kamen dorthin, sie wollten die antiken Stätten Syriens sehen, das prächtige Palmyra, die Altstadt von Aleppo; „das war ein großer Markt“, sagt Al Halabi heute; sein Vater brachte die Menschen an diese Orte und Al Halabi half ihm dabei.

2008 machte Al Halabi, heute 26 Jahre alt, sein Abitur in Damaskus, und direkt danach ging er an das Institut für Tourism Science, eine staatlich zertifizierte Akademie, es war „die beste Schule im Land“ für das Tourismushandwerk, sagt Al Halabi, das Zertifikat teuer. Doch als er es 2010 schließlich bekam, gab es bald keine Touristen mehr, denn kurz darauf begann der Krieg.

2014 floh er in die Türkei, dann mit dem Boot nach Griechenland und weiter nach Polen. Ende 2014 kam er mit dem Bus in Dortmund an. Auf der Flucht war er allein, in Deutschland hatte er einen Onkel, seit 40 Jahren lebte der in Emden in Ostfriesland, dort arbeitet er als Arzt, doch bei ihm leben durfte er nicht. Nachdem Al Halabi seinen Asylantrag stellte, schickten die Behörden ihn in Aufnahmeeinrichtungen in Unna, Weeze, schließlich nach Remscheid. 2015 bekam Al Halabi Asyl. Er besuchte den Orientierungs- und den Integrationskurs beim Internationalen Bund in Remscheid, im Juli dieses Jahres legte er die B1-Prüfung ab.

Alle zwei Monate lud ihn seine Sachbearbeiterin bei der Arbeitsagentur ein und als sein Deutsch flüssig war, fragte sie ihn, was er hier tun wollte. Er wollte in einem Reisebüro arbeiten. Seine Zeugnisse von der Akademie in Damaskus hatte er zurückgelassen. „Ich konnte es ja nicht im Boot mitnehmen.“ Eine Cousine, die in Schweden lebt, brachte es ihm aus der Türkei mit. Al Halabi holte das Papier in Schweden ab, im Bürgeramt von Remscheid, ließ er beglaubigte Kopien machen. Die Anerkennungsberaterin des IQ Netzwerks füllte mit ihm den Antrag aus und Al Halabi brachte sie mit dem Zug nach Wuppertal zur Industrie- und Handelskammer.

Noch im Oktober, sagt er, werde diese ihm mitteilen, ob er in Deutschland als Reiseverkehrskaufmann arbeiten dürfe – oder noch weiter lernen muss.

Um in der Zwischenzeit Geld zu verdienen, gab er 20 Bewerbungen als Verkäufer an Geschäfte in Düsseldorf. Nur ein einziges lud ihn ein.

„Verständlich muss es sein“

Der dänische Ausbildungsexperte Viggo Haarlov hat deutsche Anerkennungsstellen beraten – und ihre Arbeit mit der Praxis in seinem Heimatland verglichen. Sein Fazit: Das deutsche System ist aufwändiger, aber zielführender.

| **Forum Migration:** Herr Haarlov, in Dänemark gibt es bereits seit dem Jahr 2001 ein Anerkennungsgesetz für ausländische Bildungsabschlüsse, Sie waren mit für dessen Umsetzung zuständig. Was konnten die deutschen Kolleg_innen von Ihnen lernen?

| **Viggo Haarlov:** In Dänemark sind die Anerkennungsverfahren wesentlich schneller. Das liegt daran, dass wir nur den ersten Ausbildungsnachweis berücksichtigen – nicht aber das, was die Antragsteller später noch alles gemacht haben. Das ist natürlich viel einfacher, hat aber seine Nachteile. In Deutschland werden auch die später erworbenen Qualifikationen angeschaut. Das Ergebnis sind, nach meinem Eindruck, wertvollere und umfassendere Ergebnisse, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes viel stärker entgegenkommen. Dafür ist alles komplizierter, in Deutschland ist schon das Ausfüllen des Antragsformulars schwierig.

| Es war also eher so, dass Sie Anregungen nach Dänemark mitgenommen haben?

| Ich war als Berater dabei, als die deutschen Industrie- und Handelskammern ihr bundesweites

Kompetenzzentrum zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsabschlüsse, die IHK FOSA (Foreign Skills Approval) eingerichtet haben. Es gab damals tatsächlich einen Bereich, in dem ich helfen konnte. Ich habe festgestellt, dass die Bescheide, die die Antragsteller bekommen, viel zu komplex waren. Viele wussten nicht, was sie damit eigentlich machen konnten. Sie müssen aber verständlich sein. Wir haben eine Arbeitsgruppe eingesetzt und den Bescheid in drei Blöcke aufgeteilt: Den Bescheid, das Anerkennungszertifikat und ein erläuterndes Begleitschreiben. Darin stehen neben den Möglichkeiten auch die Defizite – was für die Menschen ja oft sehr wichtig ist.

| Sonst ist in Dänemark ja alles teurer. Gilt das auch für die Anerkennungen?

| Nein, das ist eine Ausnahme. Als ich in Deutschland war, haben die Anerkennungen bis zu 400 Euro gekostet, in Dänemark waren sie umsonst. Das ist ein wichtiger Unterschied.

| Hat sich die Klientel unterschieden?

| Seinerzeit ja. In Deutschland waren es vor allem Handwerker, Mechatroniker, die meisten aus Osteuropa. Unter ihnen waren wenige Akademiker. In Dänemark hatten wir seinerzeit vor allem Anträge von Menschen aus Asien. Das hat sich aber mittlerweile geändert.

Anerkennungs-News

Statistik Anerkennungsgesetz: Ausführliche Daten verfügbar

Warum sind es vor allem Menschen aus Gesundheitsberufen, die ihren Abschluss in Deutschland anerkennen lassen wollen? Wer widerspricht, wenn die Behörden die Anerkennung ablehnen? Und wer will sein Zeugnis schon anerkannt haben, noch bevor er nach Deutschland zieht? Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat eine ausführliche Analyse der Daten zum Anerkennungsgesetz vorgelegt. Sie geht ins Detail, etwa bei den Ergebnissen der Gleichwertigkeitsprüfungen oder den Ausbildungs-Ländern.

(<http://bit.ly/2exTH7e>)

Norwegen entwickelt neuen „Qualifikationsausweis“

Norwegische Behörden haben ein neues Dokument entwickelt, um Flüchtlinge ohne formelle Bildungszertifikate eine beschleunigte Integration zu ermöglichen. Der „Qualifications Passport for Refugees“

soll einer schnelleren Überprüfung und Dokumentation der Qualifikation von Asylbewerbern dienen. Es enthält Informationen über die höchste akademische oder berufliche Qualifikation des Besitzers, gesammelte Arbeitserfahrungen und vorhandene Sprachkenntnisse. Die Angaben beruhen auf den eingereichten Nachweisen des Antragstellers, einem Interview mit der zuständigen Behörde sowie der Überprüfung von Angaben auf weitere Referenzen. Es hat eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren. Im Gegensatz zum bisherigen Anerkennungsdokument muss der Asylbewerber weder Englisch noch Norwegisch sprechen. Es kann auch ausgestellt werden, wenn aufgrund der Flucht ein Studium oder eine Ausbildung im Herkunftsland nicht beendet werden konnte. Die Bearbeitungszeit bis zur Erstellung des neuen Ausweises dauert lediglich fünf Tage und verursacht nur ein Zehntel der Kosten der alten Prozedur. Diese dauerte drei bis sechs Monate und kostete den norwegischen Staat durchschnittlich rund 5.000 EUR pro Antragsteller.

(<http://bit.ly/2exUJAm>)



Großunternehmen und Flüchtlinge: Im Testbetrieb

Es gab vollmundige Ankündigungen, fast alle großen Unternehmen gelobten im letzten Jahr, ihren Teil zur Integration der Flüchtlinge beizutragen. Im Juli dann fragte die FAZ nach und stellte fest: Gerade mal 54 Flüchtlinge haben die Dax-Konzerne bis dahin eingestellt – und zwar alle zusammen (FM 08/2015). Drückt sich die Wirtschaft also? Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) hat es jetzt untersucht.

Demnach ist vor allem die Sprachvermittlung ein Problem: Die staatlichen Integrationskurse – die zu dem nur einem Teil der Flüchtlinge zugänglich sind – reichen lediglich bis zum Sprachlevel B1. Das ist zu wenig für viele Aufnahmetests oder Ausbildungen. So stecken viele Unternehmen „bei ihrem Engagement für die Flüchtlingsintegration nach wie vor zwangsläufig in einer Art Testphase“, sagte Michaela Kuhnhen-

ne, Bildungsexpertin der HBS. Die „Teilnehmerzahlen“ seien daher „überschaubar“.

Die 12 von der HBS näher untersuchten Großkonzerne stünden der Integration von Flüchtlingen gleichwohl aufgeschlossen gegenüber und hätten eine „Reihe von Aktivitäten entwickelt“. Zum einen förderten die Unternehmen etwa Verbände, Kommunen und Initiativen durch Spendengelder, stellten Werkswohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung oder Beschäftigte für ehrenamtliches Engagement frei. Zum anderen machten sie Angebote zur beruflichen Integration: Praktika, Sprachkurse und zusätzliche Ausbildungsplätze für Flüchtlinge.

Dass Flüchtlinge direkt einen regulären Job bekommen, sei „eher die Ausnahme“, so die Autor_innen. Dafür gebe es zu wenige „Einfacharbeitsplätze“ mit

geringen Anforderungen. Für hoch qualifizierte Tätigkeiten mit Englisch als Arbeitssprache seien dagegen nur wenige Flüchtlinge ausgebildet. Um ihnen berufliche Perspektiven zu eröffnen, sei es daher unumgänglich, für eine angemessene Qualifizierung zu sorgen.

Der Studie zufolge bieten sich vor allem zwei „Einstiegspfade“ in die Arbeitswelt an: Zum einen der Weg zur klassischen Berufsausbildung über ein Berufsvorbereitungsjahr inklusive Sprachkursen. Zum anderen sollte älteren Flüchtlingen, die eine Familie versorgen müssen, die Möglichkeit geboten werden, regulär Geld zu verdienen und dabei an arbeitsbegleitender Sprachförderung und Weiterbildung teilzunehmen und eine Berufsausbildung in Teilzeit absolvieren zu können.

Studie der HBS: <http://bit.ly/2ey4zCr>

BAMF und Nahles: Lohnzuschuss für Flüchtlinge

Der Leiter des Bundesamts für Asyl und Migration (BAMF), Frank-Jürgen Weise, will den Lohn von Flüchtlingen während des Jobeinstiegs fördern. „Geflüchtete Menschen bringen am Anfang nicht die Leistung, dass man einen vollen Lohn zahlen kann. Also muss man den subventionieren“, sagte Weise, der zugleich Chef der Bundesagentur für Arbeit ist.

Der Mindestlohn müsse jedoch auch bei Flüchtlingen eingehalten werden, sagte Weise dem Sender RBB: „Denn der hat nun mal einen großen Konsens in der Gesellschaft. Würden wir das infrage stellen, wie zum Beispiel auch die Standards für die Berufsausbildung, dann würde man sagen, weil es geflüchtete Menschen sind, geben wir unsere Werte auf. Das würde ich nicht

empfehlen. „Es brauche jedoch Zeit, die Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Nur etwa 10 bis 15 Prozent von ihnen finden innerhalb von einem Jahr einen Job. Bei den meisten anderen werde es deutlich länger dauern.“

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) griff den Vorschlag auf: „Lohnkostenzuschüsse können funktionieren, das kennen wir in anderen Bereichen. Ich möchte das aber nicht auf Dauer, für eine Anfangszeit bin ich dabei.“

Gleichzeitig senkte die Bundesregierung den so genannten Regelbedarf für Asylbewerber. Allein leben-de bekommen künftig statt 354 nur noch 332 Euro im Monat. Das Arbeitsministerium wies darauf hin,

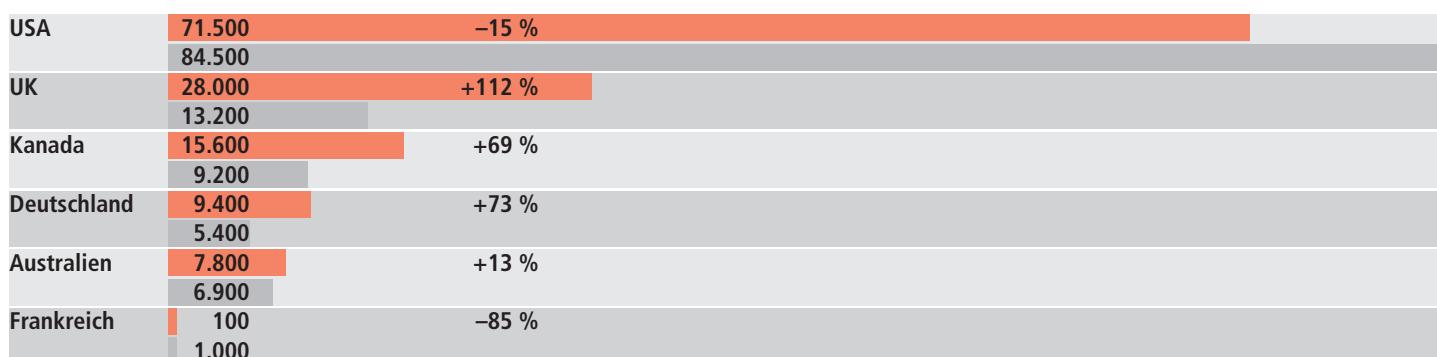
dass der Bedarf sinkt, weil Strom und Wohnungsinstandhaltungen künftig als Sachleistungen erbracht würden. Das sehe das kürzlich in Kraft getretene Integrationsgesetz vor.

Bei einem Treffen des DGB Vorstands mit dem CDU-Präsidium Anfang Oktober sagten beide Seiten, dass die Integration von Flüchtlingen – vor allem auch in den Arbeitsmarkt – eine der zentralen Herausforderungen in den kommenden Jahren ist. Diskutiert wurde über die Wege zu einer erfolgreichen Integration. CDU-Vertreter begrüßten das im Integrationsgesetz verankerte Prinzip von „Fördern und Fordern“. Der DGB erklärte, der richtige Ansatz zur erfolgreichen Integration und den sozialen Zusammenhalt seien gute und faire Arbeitsbedingungen.

Konzerne schicken Beschäftigte öfter nach Deutschland

Entsendung von Angestellten aus Drittstaaten in die deutsche Niederlassung seit 2007 fast verdoppelt

= 2014 · = 2007



Quelle: OECD International Migration Outlook · <http://bit.ly/1wSslvj>



News + Termine

DGB und polnische Gewerkschaften: Auch Transit-LKW-Fahrer sollen Mindestlohn bekommen

Der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann und die drei polnischen Gewerkschaftsbünde Solidarnosc, OPZZ und FZZ haben die EU-Kommission aufgefordert, die flächendeckende Anwendung des Mindestlohns im Transportgewerbe gerade auch für Transit- und Kabotage-Fahrten zuzulassen. „Der deutsche Mindestlohn muss auch für polnische Unternehmen gelten, wenn sie in Deutschland tätig sind“, sagte Hoffmann. Das gelte auch bei grenzüberschreitenden Fahrten. Die EU-Kommission hatte zuvor wegen der Anwendung des Mindestlohns im Transportgewerbe ein Verfahren gegen Frankreich und Deutschland eingeleitet.

<http://bit.ly/2egsq90>

Flüchtlingsausgaben:

Hälften fließt wieder an den Staat zurück
Der deutsche Staat kann die Ausgaben für die Integration der Flüchtlinge „ohne Weiteres“ leisten, sagte Gustav Horn, der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstituts IMK in der Hans-Böckler-Stiftung. „Nach unseren Berechnungen muss die Politik in den ersten Jahren dafür rund 20 Milliarden Euro pro Jahr einsetzen.“ Dieses Geld verschwinde jedoch nicht einfach, sondern fließe in den Wirtschaftskreislauf ein. „Flüchtlinge geben Geld aus, auch wenn sie arbeitslos sind. Sie kaufen ein. Daraus profitiert der Einzelhandel. Die Nachfrage nach Sicherheitsdiensten und Bauleistungen steigt durch Zuwanderung. Das schafft Arbeitsplätze“, so Horn. Zudem würden sich viele Migranten nach einiger Zeit selbstständig machen. Dadurch entstünden Wachstum, Einkommen und Steuereinnahmen. Weil die Wirtschaftsleistung insgesamt durch Migration wachse, „fließt die Hälfte der 20 Milliarden Euro nach unseren Berechnungen wieder an den Staat zurück“.

Wohnsitzauflage:

Kommunen kritisieren Länder wegen Verzicht
Der Städte- und Gemeindebund hat kritisiert, dass nicht alle Bundesländer die Wohnsitzauflage für Flüchtlinge umsetzen wollen. Die Wohnsitzauflage sei ein unverzichtbares Instrument, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg am Mittwoch dem WDR-Radio. „Ich bedauere sehr, dass einige Bundesländer das entweder gar nicht oder verspätet umsetzen wollen.“ Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben bereits angekündigt, die Wohnsitzpflicht für anerkannte Flüchtlinge nicht einführen zu wollen. Andere Länder streiten noch über eine Umsetzung. Dagegen soll die Regelung etwa in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Landsberg sagte, für die Städte und Gemeinden gehe es bei der Wohnsitzpflicht vor allem um Planungssicherheit: „Sie schaf-

fen als Kommune Schulplätze, Kindergartenplätze, stellen Leute ein, und dann sind nach einem halben Jahr die Flüchtlinge weg.“

Migrationspolitik bei ver.di:

Der Weg zur Einwanderungsgewerkschaft

Die gesellschaftlichen Herausforderungen der Flüchtlingsmigration sind auch gewerkschaftliche Herausforderungen. Das sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske bei der „migrationspolitischen Tagung“ der Gewerkschaft, Ende September in Berlin. Deutlich kritisierte er, dass die Bundesregierung unter dem Druck von rechts Verschärfungen des Asylrechts beschlossen habe. „Ob sich der Rassismus ausbreitet, hängt damals wie heute in besonderer Weise auch von den politischen Entscheidungen ab, die die Lage der Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten bestimmen“, sagte Bsirske. Der so häufig beschrittene Weg der institutionellen Diskriminierung von Geflüchteten drohe sich fortzusetzen. Einen ausführlichen Bericht der Tagung lesen Sie hier:

<http://bit.ly/2dZ9D0z>

Grenzkontrollen: De Maizière will Schengen-Ausnahmen verlängern

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will wegen der Flüchtlingskrise die Möglichkeit innereuropäischer Grenzkontrollen verlängern. „Ich bin dafür, dass wir möglichst auf europäischer Basis diese Regelung verlängern können“, sagte de Maizière. Eigentlich sind die Grenzkontrollen im so genannten Schengen-Raum abgeschafft. Wegen der Flüchtlinge wurden sie aber an verschiedenen Grenzen wieder eingeführt, etwa zwischen Österreich und Deutschland. Die Ausnahmeregelung liefe eigentlich Mitte November aus.

Kurd_innen: Islamkonferenz ist „gescheitert“

Ali Toprak, der Vorsitzende der kurdischen Gemeinde in Deutschland, sieht die Islamkonferenz als „gescheitert“ an. Der Islamverband würde sich mit der Türkei und Regierungschef Erdogan identifizieren, anstatt mit Deutschland, sagte Toprak dem Deutschlandradio. „Die Islamverbände identifizieren sich nicht mit Deutschland, mit dieser Gesellschaft, sondern mit einem ausländischen Staat und einem zwielichtigen Autokraten. Wir können nicht einerseits die deutsche Pegida kritisieren, deutsche Rechtspopulisten kritisieren, aber dann gleichzeitig Staatsverträge mit national-islamistischen Organisationen machen.“

„Gelbe Hand“: Wettbewerb läuft

Zum 11. Mal schreibt der gewerkschaftliche Kumpelverein den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus. Die Schirmherrschaft haben Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall übernommen.

Die feierliche Preisverleihung findet am 15. März 2017 in Mainz statt. Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden, können teilnehmen. Der Wettbewerb dient der Auseinandersetzung junger Menschen mit der Thematik Ausgrenzung, Rassismus, Rechtsextremismus und Gleichbehandlung. Jeder Wettbewerbsbeitrag ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft und eine Inspiration für alle diejenigen, die noch nicht aktiv sind. Mehr Infos über den Wettbewerb gibt es unter:

<http://www.gelbehand.de/wettbewerb>

Vielfalt Mediathek Filmtipp:

Eritrea Serving the Truth

Deutschland/Eritrea, 2011

Ein Film von Gerhard Faul

Sozialismus oder Militärdiktatur? Eritrea ist ein weißer Fleck auf der Karte der Weltöffentlichkeit – und eines der Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Regierung isoliert das Land zunehmend. Nach dreißig Jahren Befreiungskampf und zwanzig Jahren Unabhängigkeit ist der Übergang zu einer Zivilgesellschaft noch nicht vollzogen. Als einzige Partei ist die regierende ‚People’s Front for Democracy and Justice‘ erlaubt. Westliche Journalisten werden nicht ins Land gelassen. Der Filmemacher Gerhard Faul reiste mit einem Touristenvisum ein und drehte ohne Genehmigung. Sprache: Deutsch

<http://www.vielfalt-mediathek.de/content/52/filme.html>

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Teil I: 10. bis 12. November 2016

Veranstaltungsort: Hamburg

Teil II: 17. bis 19. November 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalen

Teil I: 09. bis 10. Dezember 2016

Teil II: 16. bis 17. Dezember 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

.... noch keinen Sklaven in Katar gesehen.“ Sklaverei, Zwangsarbeit und Ausbeutung im 21. Jahrhundert

13. bis 18. November 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



„Business as usual“ keine Option

© UNHCR



Kommentar von Katharina Lumpp, Direktorin UNHCR Deutschland

Angesichts der Situation von Flucht und Vertreibung weltweit, hat Deutschland im letzten Jahr bei der Aufnahme von Schutzsuchenden und Flüchtlingen eine beispielhafte Rolle gespielt. Das einzigartige Engagement zu Gunsten von Flüchtlingen prägt, trotz aller Herausforderungen, nach wie vor weite Teile der deutschen Gesellschaft. Was als humanitäre Erfolgsgeschichte begonnen hat, muss nun in einem nächsten Kapitel mit der Überschrift Integration fortgeschrieben werden. Sprache, Bildung und Arbeit – drei Schlüsselbegriffe, die immer wieder genannt werden, wenn es darum geht, den Weg zu einer erfolgreichen, gesellschaftlichen Integration zu kennzeichnen.

Dabei ist wichtig, dass Integration ein beidseitiger Prozess ist, der sich nicht auf Fördern und Fordern beschränkt. Flüchtlinge haben bewiesen, dass sie ihr Schicksal in die Hand nehmen können. Die Erfahrung von UNHCR zeigt deshalb, dass Integration vor allem dort gelingt, wo die Betroffenen selbst in stärkerem Maße aktiv beteiligt werden, den entsprechenden Prozess mitzugestalten. Maßnahmen, mit denen sich Flüchtlinge selbst identifizieren können, sind der beste Garant für einen erfolgreichen Integrationsverlauf. Ebenso wichtig sind Maßnahmen, die soziale Integration, insbesondere die Begegnung zwischen lokaler Bevölkerung und Flüchtlingen und deren Teilhabe am Leben in der Kommune, in der Schule und am Arbeitsplatz, fördern.

Es braucht auch den Ausbau effektiver Integrationsangebote und -anreize. Dazu gehört zum Beispiel die Entscheidung der Bundesregierung, den Arbeitsmarktzugang durch Wegfall der Vorrangsprüfung für bestimmte Fälle zu erleichtern. Flüchtlinge lediglich als potenziell nützliche Arbeitskräfte zu betrachten, ist dabei gewiss der falsche Blickwinkel. Er würde dazu führen, das Ziel der Integration als einen beidseitigen Prozess, der rechtliche, wirtschaftliche aber auch soziale und kulturelle Aspekte umfasst, aus den Augen zu verlieren. Die Solidarität der Aufnahmegergesellschaft mit Schutzsuchenden würde so konterkariert.

Ein Flüchtling will niemanden vom Arbeitsmarkt verdrängen – im Gegenteil: Seine Fähigkeiten und Talente einzubringen wird nicht nur dem Flüchtling helfen, sondern aus gesellschaftlicher Perspektive eine Investition für die Zukunft sein. Gezielte Maßnahmen zur Qualifizierung für die Betroffenen, in der gesellschaftlicher wie persönlicher Nutzen Hand in Hand gehen, sind daher geboten. Diese Sichtweise hat sich auch bei dem UN-Gipfel zum Thema Flüchtlinge und Migranten durchgesetzt, der am 19. September in New York stattfand. Mit der Schlusserklärung wurde ausdrücklich anerkannt, dass es im beiderseitigen Vorteil der Flüchtlinge wie der Aufnahmegergesellschaft liegt, die Möglichkeiten der Teilhabe von Flüchtlingen am Arbeitsmarkt auszuweiten.

Trotz der fraglos hohen Zahl der Schutzsuchenden hierzulande ist es weiterhin Tatsache, dass die allermeisten Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimat bleiben und nicht in Europa Zuflucht gesucht haben. Sie leben, oft seit Jahren, im Exil in den zahlreichen Konfliktregionen der Welt. Auch sie möchten durch Arbeit und Bildung wieder auf eigenen Beinen stehen. Für diese Menschen braucht es dringend tragfähige Lösungen, die ein ohnehin unterfinanziertes System der humanitären Hilfe allein nicht leisten kann.

Flucht und Vertreibung sind ein globales Problem, das nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen ist. Dieser Erkenntnis, die sich schon in der Präambel der Genfer Flüchtlingskonvention findet, trägt die New Yorker Erklärung Rechnung. Ganz konkret hat sich die internationale Gemeinschaft darauf verständigt, viel mehr für die Aufnahmeländer und -gesellschaften zu tun und organisierte Aufnahmeprogramme massiv auszubauen. Neben mehr Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge wurde ein breiterer, systematischer und nachhaltiger Ansatz vereinbart, um Flüchtlinge und jene, die sie aufgenommen haben, besser zu unterstützen. Dafür soll die Verantwortung nicht nur auf den Schultern von NGOs und UN-Organisationen liegen. Regierungen, Unternehmen, zivilgesellschaftliche, humanitäre aber auch Akteure der Entwicklungs-

zusammenarbeit müssen von Anfang an an einem Strang ziehen, um gemeinsam nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

Dass sich 193 Staaten auf diese Punkte einigen konnten, ist nicht nur bemerkenswert, sondern ein entscheidender Schritt in Richtung eines globalen Flüchtlingspacts, der in zwei Jahren als verbindliche Vereinbarung eine umfassendere und solidarischere Antwort auf die Herausforderungen des internationalen Flüchtlingschutzes geben soll. Kein Zweifel: Bis dahin bleibt viel zu tun. Doch angesichts des Ausmaßes von Flucht und Vertreibung in unserer Welt ist klar, dass „business as usual“ keine Option ist. Es bedarf politischen Willens und Führungskraft, um ein System verlässlicher globaler Verantwortungsteilung aufzubauen. Nur so können die vorhandenen Lücken im System des internationalen Flüchtlingschutzes geschlossen werden.

Die klare Botschaft, die vom UN-Gipfel in New York ausgeht: Dies ist die humanitäre Verpflichtung der Weltgemeinschaft gegenüber den Betroffenen. Mehr noch: Es ist eine strukturelle Notwendigkeit in einer vernetzten und globalisierten Welt mit großer Mobilität.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.

Vorsitzende: Elke Hannack

Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber

Koordination: Michaela Dälken

Redaktion: Christian Jakob, Berlin

Layout/Satz: ideeal, Essen

Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.

Bereich Migration & Gleichberechtigung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 99

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNTE gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

